

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Schwenke (Nienburg), Engelhard, Dr. Böger, Dr. Böhme (Freiburg), Conradi, Engholm, Gallus, Henke, Krockert, Lautenschlager, Frau Meermann, Dr. Schmitt-Vockenhausen, Waltemathe, Dr. Wendig, Wolfgramm (Göttingen), Wolfram (Recklinghausen), Wurbs und der Fraktionen der SPD, FDP

**betr. Europäisches Denkmalschutzjahr 1975 und „Lage der alten Städte“
in der Bundesrepublik Deutschland**

Das Jahr des Europäischen Denkmalschutzes ist zu Ende. In der Bundesrepublik Deutschland hat dieses Jahr wesentlich dazu beigetragen, auch in der Bevölkerung das Bewußtsein für die Notwendigkeit der Erhaltung alter Stadtkerne zu wecken. Jedenfalls wird allgemein dieses Jahr als ein Meilenstein in der Entscheidung für die Erhaltung, Entwicklung und Erneuerung der alten Städte bezeichnet.

Nachdem die Europäische Denkmalschutzcharta vom Oktober 1975 die Mitgliedstaaten des Europarates aufruft, alle rechtlichen, administrativen, finanziellen und technischen Mittel zum Schutz erhaltenswerter Bausubstanz einzusetzen, möchten wir fragen, welche konkreten Schritte jetzt in der Bundesrepublik Deutschland getan werden könnten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse des Europäischen Denkmalschutzjahres 1975 in der Bundesrepublik Deutschland?
2. Hält die Bundesregierung eine Fortsetzung der Arbeit des Deutschen Nationalkomitees für das Europäische Denkmalschutzjahr über das Jahr 1975 hinaus für erforderlich? Welchen institutionellen Rahmen hält sie dafür für am besten geeignet, nachdem mehrere Vorschläge gemacht wurden?
3. Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für geeignet, die Probleme der „Alten Städte“ über das Europäische Denkmalschutzjahr hinaus in der Öffentlichkeit zu verdeutlichen?
4. Im vergangenen Jahr des Denkmalschutzes haben sich Bürgerinitiativen mit unterschiedlichem Erfolg für städtebauliche Erhaltungsprojekte engagiert:

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, eine stärkere Mitwirkung der betroffenen Bürger und der breiten Öffentlichkeit an entsprechenden Maßnahmen zu gewährleisten?

5. Wie beurteilt die Bundesregierung die bisher erkennbaren Ergebnisse des Bau- und Investitionsprogramms vom 27. August 1975 im Hinblick auf eine verstärkte Inanspruchnahme dieser Mittel für kommunale Erhaltungsmaßnahmen?
6. Maßnahmen zur Stadterhaltung sind in der Regel nur in enger Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden zu verwirklichen:

Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherigen Ergebnisse dieser Zusammenarbeit, und welche Möglichkeiten erkennt sie, um eine solche Kooperation ggf. noch zu verbessern?

7. In ihrem 2. Städtebaubericht (Drucksache 7/3583) hebt die Bundesregierung die Erhaltungsaufgaben im Städtebau hervor. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß das Ziel der Stadterhaltung künftig stärker als bisher gefördert werden sollte? Und welche Maßnahmen hält sie dafür für geeignet?
8. Die Bundesregierung hat den Entwurf des Bundesrates für ein „Gesetz zur Erhaltung und Modernisierung kulturhistorisch und städtebaulich wertvoller Gebäude“ (Drucksache 7/2552) im Prinzip positiv beurteilt.

Ist die Bundesregierung bereit, und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen, sich dazu einzusetzen, daß ein Gesetz solcher Zielsetzung baldmöglichst verabschiedet werden kann?

Bonn, den 31. März 1976

Dr. Schwenke (Nienburg)

Dr. Böhme (Freiburg)

Conradi

Engholm

Henke

Krockert

Lautenschlager

Frau Meermann

Dr. Schmitt-Vockenhausen

Waltemathe

Wolfram (Recklinghausen)

Wehner und Fraktion

Engelhard

Dr. Böger

Gallus

Dr. Wendig

Wolfgramm (Göttingen)

Wurbs

Mischnick und Fraktion